

Kooperationsvertrag der Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke in der Bezirksvertretung Bochum-Süd für die Wahlperiode 2025-2030

I Präambel

Der Stadtbezirk Bochum-Süd umfasst die lebenswerten Stadtteile Querenburg, Steinkuhl, Stiepel und Wiemelhausen. Der Stadtbezirk ist geprägt von seiner hohen Wohnqualität, seiner Familienfreundlichkeit, seinem großen Erholungs- und Freizeitwert, dem bunten studentischen Leben und der familiären Atmosphäre.

Bochum-Süd wird geprägt von einer Bevölkerung, die aus mehr als 130 Ländern stammt. Wir leben in einem friedlichen und vielfältigen Miteinander. Zum Erhalt dieser harmonisch zusammenlebenden Vielfalt, ist es selbstverständlich, dass Rassismus, Antisemitismus und anderes rechtes und menschenfeindliches Gedankengut keinen Platz in unserer Gesellschaft finden.

Die globale Klimakrise und der Verlust der Artenvielfalt machen auch vor unserem Stadtbezirk nicht halt. Wir möchten als kooperierende Fraktionen in der Bezirksvertretung unseren lokalen Beitrag zum sozial-ökologischen Schutz des Klimas leisten und begrüßen deshalb auch die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Wir stehen für den Schutz unserer Umwelt, nachhaltiges Handeln und die Bewahrung der Artenvielfalt.

Die Kooperationspartner*innen sind sich ihrer Verantwortung für eine sichere und gute Nachbarschaft bewusst. Wir bekennen uns zu sozialem Ausgleich und Teilhabe, wir wissen um die Stärke unserer Stadtteilzentren, den Wert unserer lokalen Arbeitsplätze und Wirtschaft sowie unserer Bildungseinrichtungen. Wir als kooperierende Fraktionen in der Bezirksvertretung möchten die uns gegebenen Möglichkeiten und Ressourcen einsetzen, um diese Faktoren zu stärken.

II. Zusammenarbeit

Die Parteien verpflichten sich auf eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle aller Menschen im Stadtbezirk Bochum-Süd.

Wir verständigen uns auf eine faire, nach innen wie außen gerichtete Diskussionskultur mit gegenseitiger Wertschätzung. Hierbei stellt die frühzeitige und uneingeschränkte gegenseitige Information, also Transparenz, die Grundlage der Zusammenarbeit dar.

Die Fraktionen werden einzeln und gemeinsam auf eine Stärkung der Stellung der Bezirksvertretung und eine bessere Finanzausstattung hinwirken.

Anträge und Anregungen werden von allen kooperierenden Fraktionen gemeinsam eingebracht, es besteht die Möglichkeit Autor*innennamen zu benennen. Bei Beschlussvorlagen der Verwaltung einigen sich die Fraktionen auf ein Abstimmungsverhalten. Abstimmungen können nur im Einzelfall und im gegenseitigen Einverständnis freigegeben werden. Abweichende Abstimmungen einzelner Mitglieder der Fraktionen müssen mindestens eine Woche vor der Sitzung bekannt gegeben werden. Anfragen können von jeder Fraktion eigenständig und ohne Absprache eingebracht werden.

Anregungen und Anträge der Fraktionen werden rechtzeitig vor Vorlagenschluss in einer gemeinsamen Sitzung miteinander abgestimmt. Das primäre Verwertungsrecht für Öffentlichkeitsarbeit von Anträgen, Anregungen und Anfragen liegt bei der verfassenden Fraktion. Es wird angestrebt, mehr gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Die Fraktionen stimmen darin überein, dass nachträglich eingereichte Vorlagen der Verwaltung zurückgestellt werden, falls die Dringlichkeit nicht hinreichend begründet wird. Unzureichende oder fehlerhafte Mitteilungen der Verwaltung können von den Fraktionen nach vorheriger Ankündigung zurückgewiesen werden.

Sollten im Laufe der Wahlperiode weitere Absprachen oder Ergänzungen erforderlich sein, kann auf Verlangen jeder Fraktion ein Kooperationsausschuss einberufen werden. Dieser setzt sich aus den Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen, dem Bezirksbürgermeister sowie einer*m Vertreter*in der entsprechenden Parteigliederung zusammen. Sofern es die Fraktionsvorsitzenden und der Bezirksbürgermeister für sachdienlich halten und dies einvernehmlich ist, können weitere oder alle Mitglieder der Fraktionen hinzugezogen werden.

Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass das Bürgerbüro und die Bezirksverwaltungsstelle als zentrale Anlaufstelle für Bürger*innen wieder im Unicenter angesiedelt wird.

Wir werden nach der ersten Hälfte der Legislaturperiode eine Halbzeitanalyse durchführen, in der wir die Legislatur und die Zielerreichung analysieren.

III. Demokratie lebt von der Beteiligung aller – soziales Miteinander

Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung und das nachbarschaftliche Miteinander in den Mittelpunkt stellen. Ziel ist es, den Austausch mit und zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern zu stärken und ein interkulturelles, integratives sowie sozial-ökologisches Zusammenleben zu fördern. Dazu sollen bestehende Strukturen wie Bürger*innensprechstunden ausgebaut und die Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert werden. Regelmäßige Versammlungen und transparente Informationswege sind essentiell, um unsere gemeinsame Bürger*innennähe zu erhöhen. Spezifische Formate wie Jugend- und Senior*innensprechstunden sollen dies ergänzen. Ebenso sollen die Ergebnisse des bezirklichen Jugendforums gewissenhaft geprüft und die Forderungen nach Möglichkeit durch Anträge unterstützt werden.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Unterstützung von Ehrenamt, sozialem Engagement und Freizeitangeboten. Durch die nachhaltige Förderung vorhandener, sowie die Schaffung neuer sozialer Einrichtungen, Nachbarschaftsinitiativen und Fördervereinen in allen unseren Stadtteilen soll das Miteinander gestärkt werden. Kostenfreie kulturelle Angebote und Stadtteilstädte sollen verstärkt Zuwendung finden. Unsere Sportvereine leisten eine wichtige Arbeit, die wir weiterhin finanziell und durch weiteren Ausbau der Sportstätten und ihrer technischen Weiterentwicklung unterstützen werden. Auch Nachbarschaftszentren und integrative Mehrgenerationenräume sollen ausgebaut werden.

Stadtteilbibliotheken, die freiwillige Feuerwehr und öffentliche Treffpunkte sind nachhaltig zu erhalten und auszubauen. Auch die Pflege öffentlicher Plätze und Grünflächen und die Unterstützung des lokalen Einzelhandels und der Gastronomie tragen zum Erhalt und Ausbau von Begegnungsstätten im Alltag bei.

Zur sozialen Infrastruktur gehören auch Maßnahmen zur Armutsprävention, zur Bildungsunterstützung sowie zur gesundheitlichen Nahversorgung. Ergänzend werden niedrigschwellige Angebote für Bewegung, gemeinnützige Freizeittflächen

und öffentliche Sanitäreanlagen in den Stadtteilzentren angestrebt. Mit der Einrichtung eines Gesundheitskiosks (zunächst in Querenburg und in Steinkuhl) soll das bestehende Gesundheitsangebot niedrigschwellig erweitert werden. Darüber hinaus wird ein Ausbau der Förderung des Stadtteilgesundheitszentrums in der Hustadt angestrebt. Insgesamt soll so eine familienfreundliche, soziale und generationenübergreifende Stadtentwicklung gefördert werden, die alle Bewohnerinnen und Bewohner des Bochumer Südens mit einbezieht. Zur Armutsprävention und Bildungsunterstützung gehört auch die Einrichtung von Berufs- und Ausbildungsberatung, bspw. angesiedelt in Quartiersbüros, insbesondere in Stadtteilen mit hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit.

Wir fördern die Gleichstellung aller Geschlechter sowie queerer Personen und unterstützen geeignete Projekte. Dazu gehören der Ausbau und die Förderung von Gewaltberatungsstellen und Frauenhäusern sowie die Einrichtung einer Männerberatungsstelle.

Zusätzlich gilt es, Alleinerziehende und junge Familien zu unterstützen, u.a. durch den Ausbau von Familienzentren und andere Unterstützungsmaßnahmen. Ebenso bedarf es der Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Elternteilen durch den Ausbau der Kinderbetreuung, die wohnortnah und vollständig kostenlos sein sollte.

IV. Bildung und Familie

Der Bochumer Süden soll ein lebenswerter Ort für Kinder, Jugendliche und Familien bleiben, in dem Chancengleichheit und wohnortnahe Bildungsangebote gewährleistet sind. Dafür werden wir den Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und Kindertagespflege ebenso vorantreiben wie die Erweiterung der Angebote im offenen Ganztage. Eine verlässliche Schulsozialarbeit an allen Grundschulen, sowie qualitativ hochwertige nachmittägliche Bildungs- und Freizeitangebote tragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei und sollen daher weiter ausgebaut werden. Aber auch die Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte müssen langfristig verbessert werden, um eine flächendeckende frühkindliche Förderung zu gewährleisten.

Familiengrundschulzentren und rhythmisierte Ganztage Schulen sollen – wo möglich – ausgebaut werden, um Bildung und Betreuung besser miteinander zu verknüpfen.

Im Bezirk Süd gibt es nach wie vor viele Familien, deren Kinder nicht den Erst- oder Zweitwunsch bei der Wahl der weiterführenden Schule realisieren können. Diese Kinder und ihre Familien müssen oft Belastungen durch viel zu lange Schulwege in Kauf nehmen. Das wollen wir nicht hinnehmen und gemeinsam nach überbezirklichen Lösungen / Verbesserungen suchen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Freizeit- und Begegnungsräumen: Kinder- und Jugendfreizeithäuser werden finanziell und personell gestärkt und modernisiert, um sie als attraktive und bedarfsgerechte Treffpunkte weiterzuentwickeln. Spielplätze und Freizeitflächen sollen modernisiert und wenn möglich als Mehrgenerationen- oder Inklusivspielplätze gestaltet werden. Darüber hinaus sollen informelle Treffpunkte für Jugendliche geschaffen und die Aufenthaltsqualität in den Stadtteilen insgesamt gesteigert werden.

V. Bezahlbares Wohnen, Infrastruktur und nachhaltige Stadtentwicklung

Menschen in allen Lebenslagen sollen im Süden bezahlbar wohnen können. Das umfasst auch studentisches Wohnen und neue Formen wie Mehrgenerationenwohnen. Wir setzen uns für eine ausgewogene Mischung aus frei finanziertem Wohnen und sozialem Wohnungsbau ein, die sich über alle vier Stadtteile des Stadtbezirks erstrecken soll. Hierbei sind gemeinwohlorientierte Träger zu priorisieren.

Wir werden nach Möglichkeiten suchen, den Leerstand im Bochumer Süden zu ermitteln und an geeigneten Maßnahmen arbeiten, die eine Rückführung von Wohnraum in den Wohnungsmarkt anregen und anderen Leerstand gemeinwohlorientiert nutzbar zu machen.

Mieter*innen von Wohnungen, die durch schleichenden Verfall ihrer Wohnungen und des gesamten Wohnkomplexes betroffen sind - insbesondere im Uni-Center - wollen wir unterstützen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Einrichtung von ortsnahen Quartiersbüros als niederschwellige Anlaufstelle ein. Die gesammelten Erkenntnisse über den Zustand der Wohnungen und Gebäude sollen Argumente für eine möglicherweise notwendige Sanierung liefern und damit den Erhalt des Wohnraumes sicherstellen.

Lebensqualität beginnt bei der Sauberkeit von Wegen, Plätzen und Grünflächen. Deshalb sorgen wir für mehr Mülleimer und Spender für Hundekotbeutel im Süden. An Mülleimern sollen Pfandringe angebracht und mehr Leerungen durchgeführt werden.

Glasfaseranschlüsse sind flächendeckend zu verwirklichen. Auch die Pflege und Aufwertung öffentlicher Plätze ist ein zentrales Anliegen, in das regelmäßig investiert werden soll. Die Sanierung des Uni-Centers und die Attraktivität der Stadtteilzentren sind durch städtische Maßnahmen, den Erhalt öffentlicher Einrichtungen (Sparkasse, Bürgerbüro, Stadtteilbücherei) und gezielte Investitionen voranzutreiben.

Im Bereich des Wohnungsbaus soll nach Möglichkeit vorrangig auf bereits versiegelte Flächen zurückgegriffen werden, um weniger der für das Stadtklima so wichtigen Grünflächen zu zerstören.

Grünflächen sind aus klimatischen Gründen grundsätzlich zu erhalten, darüber hinaus dienen sie als wichtige Erholungsräume für die Anwohner der angrenzenden Wohnquartiere. Die politischen Partner*innen werden den Ausbau von Grün-, Wasser- und Schattenflächen und Klimaanpassungsmaßnahmen vorantreiben.

Wir wollen die Friedhöfe in unserem Bezirk als "Grüne Oasen" in der Stadt begreifen. So setzen wir uns zum Ziel, die ökologische Gestaltung - wo möglich - und die Instandsetzung - wo notwendig - zu fordern.

VI. Natur und Umwelt

Der Umweltschutz und die Klima-Aspekte müssen bei allen Baumaßnahmen berücksichtigt werden. Dazu gehört die Realisierung von nachhaltigen Konzepten zur Begrünung von öffentlichen Flächen, Kreisverkehren und Haltestellenhäuschen. Um den Auswirkungen von höheren Temperaturen im Sommer zu begegnen, werden Plätze und Straßen mit mehr Möglichkeiten der Beschattung - nach Möglichkeit durch Bäume - ausgestattet.

Im Bereich von Bauvorhaben werden wir verstärkt nach Möglichkeiten suchen, den vorhandenen alten Baumbestand zu erhalten. Aus diesem Grund werden wir von der Verwaltung genaue Erläuterungen zu den Gründen der zwingenden Entnahme von Bäumen fordern. Speziell im Straßenbau fordern wir baumschonende

Vorgehensweisen und ein vermehrtes Einsetzen von Saugbaggern, die die Wurzelsysteme der Bäume schützen. Generell wollen wir Freiflächen erhalten und vermehrt Blühstreifen und Streuobstwiesen anlegen. Ergänzt werden soll dies durch gemeinschaftliche Urban Gardening-Projekte.

Die Entsiegelung von Flächen stellt für uns ein zentrales Anliegen im Rahmen städtebaulicher Maßnahmen dar.

Brachflächen, die für andere Nutzungen nicht mehr benötigt werden, sollen zwecks Erhöhung der Biodiversität renaturiert werden. Parallel sind Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen grundsätzlich von Bebauung freizuhalten.

VII. Mobilität und Sicherheit

Wir wollen die Mobilität im Bochumer Süden nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich gestalten. Dabei setzen wir auf einen ausgewogenen Mobilitätsmix, der alle Verkehrsteilnehmenden berücksichtigt und gegenseitige Rücksichtnahme fördert. Ein Schwerpunkt liegt auf der weiteren Verbesserung der ÖPNV-Anbindung und dem Ausbau sauberer, barrierefreier Haltestellen.

Wir wollen die geplanten Mobilitätsstationen aus der Bochum-Strategie weiterentwickeln, um Sharing-Angebote für Autos und Fahrräder besser mit dem öffentlichen Verkehr zu verknüpfen. Auch der Ausbau von E-Ladepunkten ist uns wichtig, um die Elektromobilität voranzubringen. Der Kemnader See als wichtiges Naherholungsgebiet soll durch einen Mobilitätsmix besser erreichbar werden.

Gleichzeitig investieren wir in die Modernisierung von Straßen, Geh- und Radwegen sowie Brücken, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Straßen und Wege, die aufgrund mangelnder Beleuchtung Unbehagen bei Bürger*innen auslösen, sollen identifiziert und mit einer ökologischen Beleuchtung ausgestattet werden. Dabei streben wir getrennte Wege für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, mehr Rad-Abstellanlagen und Rad-Mietstationen sowie zusätzliche Ladepunkte für E-Fahrzeuge an. Wir wollen sichere und gut ausgebaute Radwege schaffen – insbesondere entlang stark befahrener Straßen – und Tempo 30 insbesondere im Umfeld von Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten und ausbauen.

Wir wollen entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Schulwegen auf den Weg bringen, insbesondere die Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs soll hier gesteigert werden und Initiativen zur Eindämmung von Elterntaxis unterstützt werden. Ein weiterer Fokus liegt auf der Suche nach der Umsetzung von innovativen Lösungen zur Senkung des Parkdrucks bei gleichzeitigem Ausbau verkehrsberuhigter Zonen in Wohngebieten.

Ferner werden wir im Bochumer Süden alljährlich einen Sicherheitstag veranstalten, um im Austausch mit den Menschen vor Ort relevante Themen zu diskutieren und Bedarfe und Anregungen aufzunehmen. Auch wollen wir Angebote zur präventiven Aufklärung über Kriminalität im Alltag fördern. Hierbei setzen wir insbesondere auf die bewährte Kooperation mit den Bezirksbeamt*innen sowie dem Weissen Ring. Bei plötzlichen gesundheitlichen Notlagen sollen künftig mehr gut erreichbare Defibrillatoren im öffentlichen Raum für die Gewinnung der entscheidenden Minuten zur Lebensrettung sorgen.

Die Parteien treten mit diesem Vertrag in einen gemeinsamen Rahmen ein, um ihre politischen Ziele abzustimmen und Verantwortung für das Gemeinwohl im Bezirk Bochum-Süd zu übernehmen.

Bochum, den XX.XX.2025

SPD Bochum-Süd

Die GRÜNEN Bochum-Süd

Die Linke Bochum-Süd

Bezirksfraktion Süd

Bezirksfraktion Süd

Bezirksfraktion Süd

SPD-Fraktion

Fraktion DIE GRÜNEN

Fraktion Die Linke
